

Selbstverständnis

Wie in vielen anderen Regionen haben sich im Januar 2015 demokratische Organisationen aus Darmstadt und Darmstadt-Dieburg zusammengeschlossen, um die europäische Protestbewegung gegen die geplanten Freihandels- und Investitionsabkommen **TTIP** (Abkommen zwischen der EU und den USA), **CETA** (das unterschriftsreif vorliegende Abkommen zwischen der EU und Kanada) und **TiSA** (das Dienstleistungsabkommen zwischen EU, USA und 20 weiteren Staaten) zu stärken.

In unserem Bündnis arbeiten bislang Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Vereine, Studentische Interessensvertretungen, freie Buchläden und Einzelpersonen mit. Wir setzen uns ein für solidarische Handelsbeziehungen und verwahren uns gegen jede Form der Diskriminierung, sei es wegen ethnischer Herkunft, Geschlecht oder religiöser Überzeugung.

Ziele des Bündnisses

Wir schließen uns den Forderungen und der Unterschriftensammlung der Selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative „Stop TTIP“ an. Auch wir fordern, dass die Verhandlungen zu TTIP und TiSA seitens der EU und ihrer Mitgliedsstaaten gestoppt werden und CETA nicht ratifiziert wird.

In Anbetracht der Gefährdung kommunaler Dienstleistungen und Selbstverwaltungsrechte durch diese Abkommen wirken wir außerdem darauf hin, dass auch die Stadt Darmstadt und die kreisfreien Städte des Landkreises Darmstadt-Dieburg zu „TTIP-, CETA- und TiSA-freien Zonen“ erklärt werden. Analog dem Beispiel des Landkreises Darmstadt-Dieburg und vielen anderen „TTIP-freien“ Kommunen verstehen wir darunter eine politische Willenserklärung der gewählten RepräsentantInnen.

Freihandelsabkommen neuen Typs – unsere Kritik

Nach Auseinandersetzung mit den bislang öffentlich gewordenen Verhandlungsdokumenten zu TTIP und TiSA sowie dem Vertragstext von CETA richtet sich unsere Kritik v.a. auf die undemokratische Ausrichtung und die weitreichenden Liberalisierungsvorhaben der geplanten Abkommen, die auf den Abbau gemeinwohlorientierter staatlicher Regulierung zielen. Zu befürchten sind einschneidende Auswirkungen auf Arbeitsrechte und soziale Errungenschaften, auf die demokratische Willensbildung, auf Kultur und Umwelt sowie die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen und bäuerlichen Wirtschaft. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Durchsetzung der Abkommen einen erheblichen globalen Machtzuwachs multinationaler Konzerne bedeuten würde, zu Lasten der parlamentarischen Demokratie.

1. Den **undemokratischen Charakter** der geplanten Abkommen verdeutlicht bereits die geheime Verhandlungsführung, die unter weitestgehendem Ausschluss gewählter Parlamente, aber unter Mitwirkung großer Wirtschaftsverbände und Konzerne erfolgt(e).
2. Aufgrund der weitreichenden Liberalisierungsziele der Verhandlungsmandate sehen wir hart erkämpfte **soziale Errungenschaften wie Arbeitsrechte und staatliche Regelungen zum Schutz von Gesundheit, Umwelt und Kultur gefährdet**. So ist den Dokumenten zu entnehmen, dass einschlägige staatliche Regelungen und Schutzauflagen – bezeichnet als „nichttarifäre Handelshemmnisse“ - auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner heruntergehandelt werden sollen. Alternativ käme das Gebot der „gegenseitigen Anerkennung“ unterschiedlicher gesetzlicher Schutzstandards zum Tragen. Das würde bedeuten, dass sich über den Produktionspreis der jeweils niedrigste Standard durchsetzt.
 - Gleichwohl eine Absenkung von **Arbeits- und Sozialstandards** nicht Gegenstand des TTIP-Verhandlungsmandats ist, ist anzunehmen, dass vergleichsweise hohe Schutz Arbeitsstandards (Recht auf Mitbestimmung, Koalitionsfreiheit, Tarifrecht etc.) durch die Konkurrenz mit den niedrigeren Standards der USA weiter ausgehöhlt werden. Immerhin haben die USA wichtige Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nicht unterzeichnet, darunter das Recht auf kollektiv verhandelte Tarifverträge und das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit.
 - **Kunst und Kultur** gehören – mit Ausnahme von Rundfunk und Fernsehen - ebenfalls zur Verhandlungsmasse. Durch das Liberalisierungsgebot der geplanten Abkommen sind u.a. die öffentliche Kulturförderung sowie die Buchpreisbindung bedroht. Auch das europäische Urheberrecht, das im Unterschied zum amerikanischen Copyright die Persönlichkeits- und Eigentumsrechte von KünstlerInnen stärker bewertet als die Verwertungsinteressen von Verlagen, steht zur Disposition. Zugleich könnten verschärfte verlageseigene Urheberrechte durchgesetzt werden und den Zugang zu Kultur und Bildung erschweren.
 - Eine zentrale Rolle bei der beabsichtigten Nivellierung von Schutzstandards spielt das im EU-Recht verankerte **Vorsorgeprinzip**, das von transnationalen Agrar- und Wirtschaftsverbänden angegriffen wird. Es verlangt den vollständigen Nachweis der Unschädlichkeit von Produkten, bevor diese zugelassen werden. Im CETA-Vertragsentwurf ist das Vorsorgeprinzip bereits gekippt. Dadurch wurde ein Einfalltor für umwelt- und gesundheitsschädliche Produktion mit hohen öffentlichen Folgekosten geschaffen. Da der gesamte Bereich der **gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen** (SPS) auch Gegenstand des TTIP-Verhandlungsmandats ist, steht auch hier das Vorsorgeprinzip zur Disposition. Zu befürchten ist außerdem, dass weitere europäische Schutzvorschriften wie die europäische Chemikalienverordnung, das Verbot von Hormonen für die Tiermast oder das Gentechnik-Verbot aufgegeben werden. Gleiches gilt für die Zulassung **giftiger und klimaschädlicher Verfahren** wie Fracking und die Gewinnung von Teersandöl. Damit aber würden die falschen umweltpolitischen Weichen

gestellt. Die umwelt-, gesundheits- und klimaschädliche industrielle Agrar- und Viehwirtschaft würde weiter wachsen zu **Lasten der regionalen Landwirtschaft**.

- Das geplante TiSA-Abkommen sieht umfassende **Öffnungen des Dienstleistungsbereiches für kommerzielle Unternehmen** vor. Betroffen sind u.a. Bildung, Kultur und kommunale Versorgungsleistungen wie Wasser, Energie und Gesundheit. Auch das Liberalisierungsgebot von TTIP und CETA betrifft den öffentlichen Dienstleistungsbereich. Alle drei Abkommen arbeiten mit Negativlisten. Was bedeutet, dass nicht gelistete Dienstleistungen grundsätzlich privatisiert werden können. Verschärft würde dies durch die Ratchet-Klausel, die eine Rekommunalisierung einmal privatisierter Bereiche untersagt. Essentielle Versorgungsleistungen sowie Kultur und Bildung würden damit der Profitlogik großer Konzerne unterstellt.
- Auch das Grundrecht auf **Datenschutz** ist bedroht. In den USA, wo es derzeit keine umfassenden Datenschutzgesetze gibt, drängen neu gegründete Lobbygruppen, bei den TTIP-Verhandlungen das europäische Datenschutzrecht via „Interoperationalität“ (wechselseitiger Anerkennung) auszuhebeln. Bei den TiSA-Verhandlungen wird geleakten Dokumenten zufolge sogar darüber verhandelt, dass **alle Daten, inklusive persönlicher Daten** frei transferiert, gespeichert und verarbeitet werden können.

3. TTIP, CETA und TiSA hebeln **parlamentarische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** aus zugunsten der **Entscheidungsmacht internationaler Konzerne**.

- Alle drei Abkommen sehen als **Investorenschutz** ein einseitiges **Sonderklagerecht von ausländischen Konzernen gegen Staaten (ISDS)** vor privaten Schiedsgerichten vor, die außerhalb nationaler Gesetzgebung und staatlicher Gerichtsbarkeit agieren. Staaten können damit zu empfindlichen Schadensersatzleistungen verklagt werden, wenn Konzerne ihre Verwertungsinteressen beeinträchtigt sehen. Demokratische Willensbildung und parlamentarische Gesetzgebung wären unterlaufen. Erfahrungen mit ähnlichen Abkommen (NAFTA) zeigen, dass dieses Sonderklagerecht dazu genutzt wird, um Sozialstandards zu minimieren oder die Zulassung umwelt- oder gesundheitsschädlicher Verfahren zu erzwingen.
- Die ebenfalls in allen drei Abkommen angestrebte **regulatorische Kooperation** räumt **Konzernen ein Gestaltungsrecht bei Gesetzesvorhaben** ein, noch bevor Parlamente damit befasst sind. Spätestens hier zeigt sich deutlich eine beabsichtigte Verschiebung politischer Entscheidungshoheit, die weg von den gewählten Parlamenten und hin zur Durchsetzungsmacht großer Konzerne führt.
- Die notwendige **Regulierung von Finanzmärkten**, die nach der Krise 2008 in den USA viel strenger gehandhabt wurde als in Europa, soll nach dem Willen der EU-Kommission nicht nur auf dem niedrigsten Level harmonisiert werden, sondern auch den **Parlamenten entzogen** werden. So schlägt die EU-Kommission ein neues außerparlamentarisches Gremium („Forum“) vor, das erst ein Jahr nach in Kraft treten des TTIP-Abkommens

Vorschläge zur Finanzmarktregulierung zu unterbreiten hat. Eine parlamentarische Zustimmung zu TTIP würde damit zum Blankoscheck.

- Die **Gestaltungshoheit kommunaler Parlamente** wird angegriffen. So beschneidet der CETA-Vertragstext die im EU-Recht und im Grundgesetz verankerte Garantie kommunaler Selbstverwaltung durch ein Verbot der gezielten Förderung kommunaler Belange. TTIP und TiSA sehen eine per internationaler Ausschreibungspflicht und Negativlisten erzwungene Öffnung kommunaler Dienste für internationale Wirtschaftsunternehmen vor. Betroffen wären neben unmittelbaren **Versorgungsleistungen** auch kulturelle, bildungspolitische und soziale Angebote.
- Von der angestrebten Machtverschiebungen, insbesondere den Investorenschutz und die Beschneidung kommunaler Selbstverwaltung wäre auch die **mittelständische Wirtschaft betroffen**. Ausländische Konzerne könnten nationales Recht und staatliche Gerichtsbarkeit mit kostspieligen Schiedsgerichtsverfahren aushebeln. Regionale Betriebe hätten mit den billigeren Produkten ausländischer Konzerne zu konkurrieren, die auf niedrigeren sozialen und ökologischen Standards basieren. Von einer Aufweichung der Kennzeichnungspflicht und des Schutzes regionaler Lebensmittel wäre v.a. die mittelständische Lebensmittelerzeugung betroffen. Eine öffentliche Förderung der regionalen Wirtschaft und ökologischer Verfahren wäre kaum mehr möglich.

Für eine faire und demokratische Handelspolitik

Die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA sind unvereinbar mit unseren Vorstellungen einer demokratischen, solidarischen, kreativen und gebildeten Gesellschaft. Sie verhindern die Bewältigung der weltweiten sozialen und ökologischen Krise und widersprechen dem Gebot einer solidarischen Handelspolitik. Die Abkommen stehen im Kontext geopolitischer Vormachtbestrebungen, die Konfrontationslinien mit den BRIC-Staaten und anderen Schwellenländern schaffen bzw. vertiefen. Sie würden Armut und Abhängigkeit der Länder des globalen Südens verschärfen und bildeten eine Verlängerung der rücksichtslosen Handelsabkommen (EPAs) zwischen der EU und 78 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten.

Wir setzen uns ein für eine faire, demokratische und alternative Handelspolitik, die weltweit die Entwicklung von guten und gerechten Arbeits- und Lebensbedingungen, von demokratischen Entscheidungsrechten sowie den Schutz von Klima und Umwelt vorantreibt. Faire Wirtschaftsbeziehungen lassen Raum zur Entwicklung und sind eine wichtige Voraussetzung für Frieden.

Darmstadt, den 24.03.2015